



HESSISCHER LANDTAG

08. 06. 2021

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Solide und zukunftsorientierte Finanzen für ein starkes Hessen mit einem starken Finanzplatz Frankfurt

Der Landtag wolle beschließen:

1. Eine generationengerechte und nachhaltige Finanzwirtschaft ist das Fundament jeder Politik. Stabile Steuereinnahmen ermöglichen zukunftsorientierte Investitionen in eine gute Infrastruktur und damit die Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft. Der Landtag betont dabei, dass stabile Finanzen die Grundlage für eine gesunde Wirtschaft bilden.
2. Der Landtag stellt fest, dass das Land Hessen eines der finanz- und wirtschaftsstärksten Länder in Deutschland und neben Baden-Württemberg das einzige Land ist, das seit 1950 dauerhaft in den Länderfinanzausgleich einzahlt. Zentrum der hessischen Wirtschaft sind der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main und der Finanzplatz Frankfurt. Frankfurts Finanzbranche bietet über 66.000 Menschen eine Beschäftigung. Der Finanzplatz beherbergt über 200 Kreditinstitute, wovon über drei Viertel ausländische Institute sind. Nach dem Ranking des Global Financial Centres Index (GFCI) gehört Frankfurt zu den Top Ten der wichtigsten Finanzplätze der Welt. Als Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM), der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) und der Deutschen Bundesbank ist der Finanzplatz Frankfurt geld- und währungspolitisch von internationaler Bedeutung. Auch das „House of Finance“, in dem rund 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an kapitalmarkt-relevanten Fragestellungen arbeiten und forschen, setzt Maßstäbe und ist eine Bereicherung für den Finanzplatz.
3. Der Landtag betont, dass Frankfurt bereits heute einer der führenden Standorte für digitale Zukunftsthemen, neue Finanzprodukte und -trends (u.a. Green and Sustainable Finance und Fintech) ist. Um diese positive Entwicklung weiter zu unterstützen, treibt das Land Hessen den Aufbau eines Finanzdatenclusters voran. Ziel des Programms ist es, die bisher nicht verknüpften Finanzdaten von Unternehmen, Behörden und der Wissenschaft in einem gemeinsamen Datenpool zusammenzuführen und für die Nutzung zu standardisieren. Zusätzlich dazu soll die Cloud für die Anwendung Künstlicher Intelligenz optimiert werden. Das Land Hessen leistet Pionierarbeit für die Dateninfrastrukturinitiative Gaia-X der Europäischen Union. Diese hat das Ziel, Europa unabhängiger von amerikanischen und chinesischen Cloud-Anbietern zu machen. Gleichzeitig sollen mit der Cloud Geldwäsche und Marktmissbrauch stärker und besser bekämpft werden. Der Landtag spricht sich dafür aus, diese Position weiter zu festigen.
4. Expertise im Bereich Green and Sustainable Finance ist einer der entscheidendsten Wettbewerbsfaktoren für einen zukunftsorientierten Finanzplatz. Der Landtag hebt hervor, dass mit dem Green and Sustainable Finance Cluster ein Netzwerk entstanden ist, das die Expertise bezüglich Finanz- und Risikofragen bündelt und so die Finanzindustrie beim Transformationsprozess zu einer nachhaltigen Wirtschaft aus Frankfurt heraus unterstützt. Der Landtag befürwortet, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um den Finanzplatz Frankfurt zu einem Zentrum nachhaltiger Finanzprodukte zu etablieren.
5. Der Landtag stellt fest, dass die starke Position des Finanzplatzes Frankfurt durch den Brexit, der bedauerlicherweise erfolgt ist, weiter gefestigt und ausgebaut werden kann, da Banken nach Schätzungen der Bundesbank Geschäfte im Billionenbereich nach Deutschland verlagern werden. Ferner begrüßt er die Ergebnisse der „New-Financial-

Studie“, wonach sich vor allem international führende Banken in Frankfurt konzentrieren. Danach ist Frankfurt für viele Banken die Standardoption auf dem Kontinent gegenüber London in Großbritannien und hat sich somit zum wichtigsten Finanzplatz in Kontinentaleuropa entwickelt.

6. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang die Gründung des Futury Regio Growth Fonds mit einem Volumen von 60 Mio. €, der zur Hälfte vom Land Hessen finanziert wird. Mit dem Fonds möchten die Beteiligten vor allem technologieorientierte Unternehmen in späteren Phasen unterstützen und zugleich Hessen als Innovations- und Entwicklungsstandort fördern. Der Landtag begrüßt ferner die enge Kooperation von Politik, Unternehmen und privaten Investoren, die in Deutschland einzigartig ist und Vorbildwirkung hat. Der Standort Hessen bietet somit auch ausländischen Unternehmen ein attraktives Umfeld für Ansiedlungen, nicht nur von Kapital, sondern auch von internationalem Know-how.
7. Der Landtag hebt dabei hervor, dass sich Ballungsraum und ländlicher Raum gegenseitig ergänzen müssen. Attraktive Arbeitsplätze und nachhaltige Mobilitätsangebote sollen im ländlichen Raum und im Ballungsraum gewährleistet sein. Gleichzeitig gibt es gerade in der Region Frankfurt/Rhein-Main als wichtiger Verkehrs- und Logistikknotenpunkt und am Finanzplatz Frankfurt Zehntausende Arbeitsplätze, die eine für ganz Hessen bedeutende Wertschöpfung generieren. Der Landtag erkennt an, dass das Land sowohl wichtige Standortinvestitionen für den ländlichen Raum auf den Weg bringt und gleichzeitig die Position des Finanzplatzes Frankfurt im europäischen und weltweiten Wettbewerb stärkt und ausbaut.
8. Der Landtag begrüßt, dass das Land Hessen die hessische Wirtschaft vorbildlich in der anhaltenden Corona-Pandemie unterstützt hat und immer noch unterstützt. Durch das „GuteZukunft-Sicherungsgesetz“ können bis zu rund 1,8 Mrd. € für Maßnahmen zum Erhalt der hessischen Wirtschaftskraft, zur Belebung der Konjunktur und zur Förderung nachhaltigen Wachstums insbesondere durch Investitionen in Klimaschutz und digitale Transformation bereitgestellt werden.
9. In Verbindung mit einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik als Basis für eine gute und erfolgreiche Wirtschaftspolitik bekennt sich der Hessische Landtag zur Schuldenbremse. Er betont, dass bei der Volksabstimmung im Jahr 2011 70 % der Bürgerinnen und Bürger in Hessen für die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Hessen gestimmt haben. Bereits ab dem Haushaltsjahr 2016 wurden erstmals seit dem Jahr 1969 bestehende Altschulden des Landes getilgt. Durch Konsolidierungsanstrengungen und gute konjunkturelle Rahmenbedingungen wurden in den Jahren 2016 bis 2019 jährlich jeweils 200 Mio. € getilgt. Dadurch wurden zusätzliche Handlungsspielräume erarbeitet, die dem Land in der Corona-Krise zugutekommen. Als Folge der durch das Corona-Virus verursachten Ausnahmesituation müssen im Einklang mit der Schuldenbremse wieder neue Schulden aufgenommen werden, um den konjunkturellen Einbruch sowie die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu bewältigen. Der Landtag bekräftigt, dass sich die Regelungen in der Verfassung zur Schuldenbremse auch in Zeiten der Corona-Pandemie bewährt haben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Juni 2021

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taurus)